Landkreis
Limburg-Weilburg

Antrag

AT-16/2023

FDP

Beratungsfolge	TOP	Termin	Beratungsaktion
Kreistag	14.	5. Mai 2023	beschließend
Ausschuss für Umwelt, Energieversorgung, Klima und Landwirtschaft	5.	5. Oktober 2023	zur Kenntnis
Ausschuss für Umwelt, Energieversorgung, Klima und Landwirtschaft	3.	7. Februar 2024	zur Kenntnis
Ausschuss für Umwelt, Energieversorgung, Klima und Landwirtschaft	2.	15. April 2024	zur Kenntnis
Ausschuss für Umwelt, Energieversorgung, Klima und Landwirtschaft	3.	28. Oktober 2024	zur Kenntnis

Betreff:

Aktives Management der Wolfspopulation

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Limburg-Weilburg spricht sich für ein aktives Management der Wolfspopulation in Hessen aus. Hierzu beschließt der Kreistag folgende Resolution:

1. Der Kreistag fordert die Landesregierung auf, das Wolfsmonitoring in Hessen zu professionalisieren. Die Proben bei Rissverdachtsfällen müssen innerhalb eines angemessenen Zeitraums nach dem Riss erfolgen und so durchgeführt werden, dass möglichst viele Wolfsrisse auch als solche identifiziert werden.
2. Der Kreistag fordert die Landesregierung auf, Problemwölfe als solche zu benennen und deren Entnahme anzuordnen. Die Entnahme einzelner Wölfe, die zum Beispiel fortwährend hinreichend geschützte Nutztiere erbeuten, oder die sich dem Menschen gegenüber auffällig verhalten, ist auch in dem jetzigen Status des Wolfs nach geltender Rechtslage möglich.
3. Der Kreistag fordert die Landesregierung auf, eine Studie in Auftrag zu geben, die Wachstum und Größe der hessischen Wolfspopulation wissenschaftlich abbildet. Hierbei sind Auswirkungen auf den Wildbestand in den Revieren mit zu untersuchen.
4. Der Kreistag fordert die Landesregierung auf, eine Beweislastumkehr bei Rissverdachtsfällen einzuführen. Demnach sollten Weidetierhalter finanzielle Entschädigungen für gerissene Tiere immer dann erhalten, wenn der Wolf als Verursacher nicht ausgeschlossen werden kann. Die derzeitige Entschädigungspraxis ist ungeeignet, weil die Nachweisführung nur in seltensten Fällen gelingt.
5. Der Kreistag fordert die Landesregierung auf, die sogenannten Wolfspräventionsgebiete abzuschaffen. Sämtliche vorhandenen Fördermaßnahmen sind in ganz Hessen zu gewähren, da inzwischen flächendeckend mit dem Auftreten von Wölfen zu rechnen ist.
6. Der Kreistag fordert die Landesregierung auf, Weidegebiete in denen die Errichtung und Instandhaltung eines Grundschutzes einen unzumutbaren Mehraufwand bedeuten würde als "nicht zumutbar schützbare Gebiete" zu definieren. In diesen Gebieten soll im Rissfall für eine Ausgleichszahlung oder für einen Entnahmeantrag kein Grundschutz nachgewiesen werden müssen.
7. Die Hessische Landesregierung soll einen runden Tisch bzw. ein Dialogforum „Weidetierhaltung/Wolf in Hessen“ mit einem regelmäßigen Lage-Informationen der Landkreise durch das Wolfszentrum Hessen (WZH) etablieren.

Begründung:

Die Konflikte, die eine wachsende Anzahl sesshafter Wölfe verursacht, haben in der Region ein Maß erreicht, welches nicht mehr hinnehmbar ist und einer Kursänderung bedarf. Während sich einige über die Rückkehr des Wolfes freuen, wachsen auch in unserer Region die Sorgen, die mit der Ansiedlung des großen Beutegreifers einhergehen. Diese Sorgen beziehen sich in erster Linie auf die Tierbestände der Weidetierhalter. Auch wenn Begegnungen des Menschen mit dem Wolf selten sind, werden zunehmend hesseweit – oder zuletzt direkt an der Landesgrenze in Rheinland-Pfalz - Wolfssichtungen dokumentiert. Wölfe, die sich regelmäßig in direkter Nähe zu besiedelten Bereichen aufhalten oder sogar tagsüber in Dörfern gesichtet werden, sind aus Sicht des Kreistages nicht zu akzeptieren. Diese Wölfe sind klar als Problemwölfe einzustufen. Gleichzeitig liegen leider keine belastbaren Zahlen über die in Hessen sesshaften Wölfe vor. Diese Zahlen sind aber Voraussetzung dafür, einen günstigen Erhaltungszustand im Sinne der FFH-Richtlinie festzustellen und mittelfristig zu einem Bestandsmanagement übergehen zu können. Außerdem gelingen genetische Nachweise im Rahmen von Rissprobenbegutachtungen in Hessen nur sehr selten, sodass auch kein realistisches Bild über die von Wölfen verursachten Schäden an Nutztieren vorliegt.

Die regierungstragenden Fraktionen der Ampel-Koalition im Bund haben angekündigt, den Bundesländern ein regional differenziertes Bestandsmanagement des Wolfes zu ermöglichen. Sobald die rechtliche Möglichkeit auf Bundesebene geschaffen wird, muss aus Sicht des Kreistages auch im Kreis Limburg-Weilburg mit einem Bestandsmanagement begonnen werden. Dazu sind evidente Zahlen über die hier lebenden Wölfe notwendig. Da es diese Zahlen bislang nicht gibt, appelliert der Kreistag an die Landesregierung, eine entsprechende Zahlenbasis durch ein professionalisiertes Monitoring bereitzustellen. Die Sorgen der Weidetierhalter beziehen sich nicht in erster Linie auf wirtschaftliche Schäden. Trotzdem ist es auch im Sinne der Weidetierhalter, dass alle Rissverdachtsfälle fachgerecht beprobt werden, um die tatsächlich durch den Wolf verursachten Schäden beziffern zu können.

Diese Entwicklung der Lage kann durchaus als besorgniserregend bezeichnet werden. Beispielhaft stehen Presseberichte (Merkur, 26.02.2023), wonach aktuell zwei Wald-KiTa in der Umgebung von Kassel mitgeteilt haben, dass sie wegen entsprechender Wolfs-Meldungen „mittlerweile den Wald meiden“. Vorangegangen war die Ausweisung eines „Wolfsterritoriums“ in unmittelbarer Nähe, kaum 15 Geh-Minuten entfernt.

Auch in der heimischen Region nehmen die Vorfälle im Zusammenhang mit Wölfen zu. Im benachbarten Lahn-Dill-Kreis gehören Meldungen inzwischen fast zur Regel.

Auch wenn die Schwarz-Grüne Landesregierung zwischenzeitlich zögerlich kleine, aber leider auf keinen Fall hinreichende Schritte zur Verbesserung der Lage unternommen hat, bleibt nach wie vor großer Nachsteuerungs- und Handlungsbedarf. Auch „Ungereimtheiten“ in den aktuellen Beschlüssen -wie beispielsweise die unerklärliche Beschränkung der Unterstützungsmaßnahmen auf nur sehr wenige Tierarten (Schafe, Ziegen, Damwild) müssen dringend beseitig und komplettiert werden, wenn tatsächlich Verbesserungen erreicht werden und es nicht nur um „Symbolpolitik“ gehen soll.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Der Vorsitzende des Kreistages des
Landkreises Limburg-Weilburg

gez. Joachim Veyhelmann